

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 14. April 1920, Nr. 130.

Fleischzubugen in der Großmarkthalle. Als Fleischzubugen wird in der Großmarkthalle Freitag und Samstag ab 1/2 7 Uhr früh Kaninchenfleisch stückweise zum Preise von K 70.- per kg abgegeben.

Kartoffelaussgabe. Donnerstag bis Sonntag werden im 17. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 8.- per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „A“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 14. April 1920, Nr. 131.

Die eigenmächtige Erhöhung der Milchpreise durch die Milchmeier. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die gesteigerten Kosten der Milchproduktion (höhere Futterpreise, Löhne etc.) eine Erhöhung der Milchpreise als begründet erscheinen lassen; es geht aber nicht an, und muß auf das Schärfste mißbilligt werden, wenn seitens einer Interessentengruppe zur Selbsthilfe geschritten, die Staatsverwaltung vor ein förmliches Ultimatum, und die bereits so schwer unter der Teuerung leidende Bevölkerung vor ein fait accompli gestellt wird, das sie ansichts der Notwendigkeit der Milchmahrung für die Säuglinge und Kranken einfach hinnehmen muß. Dabei muß es aber geradezu als eine Entstellung der Wahrheit gewertet werden, wenn die Milchproduzenten Wiens in ihrer Kundmachung an die Bevölkerung, angesichts der bereits im vollsten Zuge befindlichen und den Milchmeiern zur Kenntnis gebrachten Verhandlungen über die unmittelbar bevorstehende Erhöhung der Milchpreise, den Behörden die Schuld an der derzeitigen Milchnot zuschreiben, sich selbst aber als die Retter der Säuglinge und Kranken aufspielen und dies trotz der Tatsache, daß sie nur zum geringsten Teile die Milch an Säuglinge und Kranke abgeben, den Hauptteil ihrer Produktion dagegen zugegebenerweise nicht berechtigten Personen zuwenden. Da das Vorgehen der Wiener Milchmeier sich schon als eine Ueberschreitung des durch § 3 der Verordnung der n.ö. Landesregierung vom 25. XI. 1919 Z. W. - 560/23 L. G. u. V. d. G. Bl. Nr. 378 vorgeschriebene Höchstpreise darstellt, wird seitens des Wiener Magistrates die Anzeige an das zur Ahndung dieser Uebertretung kompetenten Kriegswucheramt erstattet werden.

Die Gemeindeverwaltungsreform im Stadtrate. In der heutigen Stadtrats-sitzung legte der Referent GR. Dr. Danneberg die vom Gemeinderatsausschuß zur Verberatung der Reform der Wiener Gemeindeverfassung beschlossenen Aenderungen des Gemeindestatutes und der Gemeindewahlordnung vor. GR. Dr. Danneberg wies darauf hin, daß die vorliegende Frage ohne jede Ueberstürzung und Hast in 11 Sitzungen des Ausschusses während zweier Monate nach allen Richtungen hin in gründlicher Weise durchberaten wurde und empfahl dem Stadtrate die Annahme der Vorlage mit einigen kleinen Aenderungen. StR. Dr. Kienböck erklärte, in Anbetracht der gründlichen Beratung der Vorlage im Ausschusse von einer meriterischen Erörterung des Entwurfes Abstand nehmen zu wollen. Er anerkenne, daß die Mehrheit im Verfassungsausschuße den Wünschen der Minderheit in erheblicher Weise Rechnung getragen hat. Er äußerte jedoch prinzipielle Bedenken dagegen, daß die Vorlage jetzt im Gemeinderate endgiltig beschlossen werden soll. Durch die Trennung Wiens vom Lande Niederösterreichs werde eine neue Situation geschaffen, in der wieder neue Aenderungen notwendig sein werden. Er könne daher noch nicht erklären, ob sich der christlichsoziale Klub entschließen wird, im Gemeinderate für die Vorlage zu stimmen. Dies hänge mit der Beurteilung der Trennungsfrage zusammen. GR. Dr. Danneberg führt in seinem Schlußworte aus, daß die Arbeit des Verfassungsausschusses nicht nur nicht überflüssig sondern auch nicht unzeitgemäß sei; die gegenwärtige Vorlage sei der Anfang der ganzen Verfassungsberatungen, vor denen der Gemeinderat stehe. Wie immer die Trennungsfrage gelöst werde, so wird der Gemeinderat die Verfassung und Verwaltung der Stadt auf der neuen Grundlage, die eben jetzt gegeben wird, weiter bauen können. Es sei gut gewesen, daß es jetzt zwei Monate hindurch möglich war, eine gründliche Beratung vorzunehmen und die Verwaltung der Stadt von jetzt der Verwaltung des Landes und des Staates anzupassen. - Die Vorlage des Ausschusses wird mit den Aenderungen des Stadtrates den Gemeinderat in seiner morgigen Sitzung beschäftigen.

Liebesgabenverteilung im 11. Bezirk. Freitag, den 16. ds. findet eine Verteilung mit Liebesgaben an Arbeiterwitwen mit Kindern statt. Verzuweisen: Totenschein des Mannes, Einkaufschein und Fürsergeblatt.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Speiser den Vizedirektor der Stadtbibliothek Ludwig Böck über sein Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und dem Gemeinderate vorgeschlagen, den Genannten in Würdigung seiner langjährigen vorzüglichen Dienstleistung den Titel „Direktor“ der Stadtbibliothek zu verleihen. - Vizedirektor Böck, der im Jahre 1890 in den Dienst der Stadtbibliothek trat, war ein genauer

Kenner der Geschichte und Literatur Wiens. Hervorragend beteiligte er sich an der von der Gemeinde Wien im Jahre 1890 veranstalteten Grillparzer-Ausstellung, bei der Musik- und Theaterausstellung 1892, an der Schubertausstellung 1897 und an der Jubiläumsausstellung 1898, sowie an der Errichtung der städtischen Volksbibliothek im Wertheimsteinpark. Seine Sprachkenntnisse befähigten ihn, zu Amtreisen nach Paris, Lyon, Brüssel, Lüttich und St. Petersburg herangezogen zu werden. Auch an den von den städtischen Sammlungen herausgegebenen Schriftwerken wirkte Vizedirektor Böck mit und ist insbesondere der eben in Erscheinung begriffene großangelegte Briefkatalog der Stadtbibliothek in Anlage und Durchführung hauptsächlich sein Werk.

Kinder aus der Schweiz. Die am 19. Februar mit dem St. Gallener-Kinderzug in die Schweiz gereisten Kinder kommen Donnerstag, den 15. April, 2 Uhr nachmittags, Wien-Westbahnhof an. Die Eltern versammeln sich bei den Gruppennummern im Wartesaal. Es wird gebeten, keine Kinder von daheim mitzubringen.

Wohnungsanforderungen. In der Woche vom 29. März bis 4. April wurden in Wien 150 Wohnungen und 7 Einzelwohnräume angefordert. Bei 68 Wohnungen und 9 einzelnen Wohnräumen wurde der Anforderungsbescheid rechtskräftig.

Aus dem Stadtrate. Ueber Antrag des VB. Emmerling hat der Stadtrat dem Bildhauer Gustav Lichtenberg die Ausführung einer Figur in Terracotta „Donauweibchen“ übertragen. - Nach einem Antrage des StR. Siegel wurde die teilweise Umgestaltung und die Wiederinstandsetzung der verwüsteten Gartenanlagen am Suchenwirtplatz im X. Bezirk mit einem Kostenbetrag von rund 15.000 K bewilligt.

Sehr geehrter Herr Kollege! Der Bezirksvorsteher des 9. Bezirkes Herr Josef Schober ersucht um Aufnahme nachstehender Zeilen: Junge Damen des 9. Bezirkes, welche als Sammlerinnen für die Durchführung der am Samstag, den 17. d. M. für die Kriegsgefangenenbefreiung stattfindenden Straßensammlung im 9. Bezirke sich zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, an diesem Tage um 8 Uhr früh in der ihrer Wohnung nächstgelegenen Sammelstelle, das ist: IX., Lazarettgasse 27, Galileigasse 5, Viriotgasse 8, Glasergasse 8, Grüne Torgasse 9 oder Währingerstrasse 43 zu erscheinen und sich der Leiterin dieser Sammelstelle zur Verfügung stellen zu wollen.

Morgen kein Stadtrat. Die für morgen Donnerstag anberaumte Sitzung des Stadtrates entfällt.